

US-Chef für Estland-Armee

Die Ernennung des pensionierten US-Obersten Aleksander Einseln, 61, zum Oberbefehlshaber der estnischen Armee mißfällt Washington. Die Regierung erwägt, ein Verfahren zum Entzug der Staatsbürgerschaft des 1949 in die USA eingewanderten Exil-Esten einzuleiten, da er den Posten ohne Genehmigung des Außenministeriums angenommen hat. Das State Department fürchtet diplomatische Komplikationen mit der russischen Regierung, die das Wirken eines amerikanischen Militärs im Baltikum als unfreundlichen Akt betrachten könnte. Derzeit streiten sich Moskau und Tallinn über den Abzug der russischen Truppen. Zum erstenmal kommandiert nun ein Amerikaner in der Sowjetunion ausgebildete Offiziere und Soldaten. Der Vietnam-Veteran soll nach dem Willen von Tallinns Regierung Estlands 2000-Mann-Truppe trimmen. Einseln kündigte bereits an, frühere Sowjetoffiziere, die ihre „Denkweise“ nicht änderten, müßten die Armee verlassen.

Warnung an Rafsandschani

Die Lebensverhältnisse in der iranischen Hauptstadt haben sich verbessert. Pünktlichere öffentliche Verkehrsmittel, großzügige neue Parkanlagen für die



Parkbesucher in Teheran

zehn Millionen Einwohner, funktionierende Kanalisation und saubere Straßen sind das Verdienst des engagierten Bürgermeisters Gholam Hussein Karbaschi, 40. Der enge Vertraute von Staatspräsident Haschemi Rafsandschani hat trotz höherer Gemeindeabgaben vor allem durch die rigorose Verfolgung von korrupten Stadtbediensteten und weniger Staatskontrolle große Popularität erlangt – sehr zum Verdruss radikaler Mullahs, die den gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Reformkurs Rafsandschani und seiner Anhänger bekämpfen.

Ajatollah Abolghassem Chasali, Mitglied des einflussreichen Wächterrats, forderte den Staatspräsidenten nun auf, den erfolgreichen Teheraner Bürgermeister nicht länger zu protegieren. Karbaschi sei „ein Tyrann“, das Volk werde ihn „eines Tages vor Gericht bringen und zu 10 bis 15 Jahren Gefängnis verurteilen“. Das gleiche Schicksal, so drohte der Ajatollah dem Pragmatiker Rafsandschani, werde auch denjenigen blühen, die Karbaschi „so viel Macht verliehen haben, daß er nun tun kann, was er will“.



Gründungskomitee der Korruptionsbekämpfer in Berlin

Wächter gegen Korruption

Internationale Koalition bekämpft Bestechung

Schmiergeldzahlungen sind in den Geschäftsbeziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern noch immer die Regel. Die höchsten Bestechungssummen, so fand der Brite George Moody-Stuart nach über 30 Geschäftsjahren in der Dritten Welt heraus, werden für den Verkauf von Flugzeugen, Schiffen, Militärgütern und Fernmeldeanlagen ausgegeben.

Die Preislisten sind zum Teil präzise festgelegt: Um ein Projekt im Wert von 200 000 Dollar genehmigt zu bekom-

men, müssen fünf Prozent der Auftragssumme für einen hohen Beamten abgezweigt werden. Bei einem Zwei-Millionen-Dollar-Vorhaben wäre der gleiche Prozentsatz auf der Staatssekretärsebene fällig, während fünf Prozent von 200 Millionen Dollar die „ernsthafte Aufmerksamkeit eines Staatsoberhauptes rechtfertigen“.

Gegen diese Praktiken gründeten Geschäftsleute, Regierungsbeamte und Entwicklungsfachleute aus zwei Dutzend Ländern des Nordens und des Sü-

dens jetzt in Berlin eine gemeinnützige Organisation: Transparency International (TI). So wie Amnesty International weltweit Menschenrechtsverletzungen aufdeckt, will Transparency International die Korruption bekämpfen und in vielen Ländern nationale Gruppen bilden.

„Nach dem Ende des Kalten Krieges ist die Zeit reif für eine internationale Koalition gegen die Korruption“, sagt TI-Vorsitzender Peter Eigen, der als hoher Weltbank-Beamter die Praktiken der Nord-Süd-Geschäfte kennenlernte. Die Dritte Welt sei an einer Organisation gegen die schmutzigen Geschäfte ebenso interessiert wie der Norden. „Eine Chance gibt es vor allem dort, wo auto-

Demjanjucs Freunde

Sofortige Freilassung und die „ukrainische Ehrenbürgerschaft für Iwan Demjanjuk“ forderten Demonstranten, die Ende vergangener Woche die israelische Vertretung in der ukrainischen Hauptstadt Kiew belagerten. Organisiert hatte die nicht genehmigte Aktion das „Komitee zum Schutz von Iwan Demjanjuk“, das seit einem Jahr Filialen in der ganzen Ukraine unterhält und mit öffentlichen Aktionen die Freilassung des Ukrainers betreibt. Demjanjuk, 73, soll als „Iwan der Schreckliche“ im Vernichtungslager

Treblinka beim Mord an Tausenden von Juden mitgewirkt haben. Er wurde von den USA ausgeliefert und von einem israelischen Gericht zum Tode verurteilt, leugnet jedoch beharrlich, der gesuchte Täter zu sein. Offiziell meidet Kiew das heikle Thema. Interviews mit



Demjanjuk

dem Vorsitzenden des Demjanjuk-Komitees, Wolodymyr Katelnizki, durften im ukrainischen Rundfunk nicht ausgestrahlt werden. Seit dem Israel-Besuch von Präsident Leonid Krawtschuk im Januar bemüht sich Kiew um die Entspannung der belasteten ukrainisch-jüdischen Beziehungen.

ritäre Regime durch demokratische abgelöst wurden“, so der Anwalt Kamal Hossain aus Bangladesch.

Zur TI-Gründung nach Berlin kamen Algeriens Premier Belaid Abd el-Salam, der Außenminister Boliviens sowie der Generalstaatsanwalt von Namibia. Zum Aufsichtsratsvorsitzenden wurde Ecuadors Vizepräsident Alberto Dahik gewählt. Der lud sogleich ein Untersuchungsteam ein: Wer helfe, die Korruption zu überwinden, sei in Ecuador willkommen.

Nach diesem Vorbild möchte Transparency International „Inseln der Integrität“ schaffen. Regierungen könnten sich verpflichten, keine Schmiergelder zu nehmen und nur mit Unternehmen zu arbeiten, die freiwillig einen Anti-Korruptionskodex unterzeichnet haben. Positive Beispiele sollen publiziert werden.

Die Ermittler werden sich darauf einstellen müssen, in vielen Staaten behindert oder gar verfolgt zu werden, sagt Nigerias Ex-Präsident Olusegun Obasanjo. Die Korruption habe die Gesellschaften so durchdrungen, daß „die Jugend jene als Vorbilder ansieht, die durch Bestechung reich geworden sind“, so der pensionierte General.



Rückkehr amerikanischer Kriegsgefangener (1973)

Ende des US-Embargos?

Ein Geheimdokument aus den Moskauer Archiven der KPdSU belastet die Beziehungen zwischen Vietnam und den USA. Aus dem angeblich von einem nordvietnamesischen General 1972 verfaßten Bericht geht hervor, daß Hanoi damals 1205 amerikanische Soldaten in Kriegsgefangenschaft hielt. Bei Ende des US-Engagements ein Jahr später kamen aber nur 591 frei. Das Papier wurde zu einem Zeitpunkt öffentlich, da sich das kommunistische Regime Vietnams kurz vor einem diplomatischen Erfolg wähnte: der Aufhebung des US-Wirtschaftsembargos, das seit 29 Jahren in Kraft ist. Vor einer Normalisierung der Beziehungen hatte Washington „möglichst vollständige Auskunft“ über den Verbleib in Vietnam verschollener US-Soldaten verlangt. In diesem entscheidenden Punkt aber, so ein Beamter des Weißen Hauses, werfe das Papier, dessen Wahrheitsgehalt Hanoi entschieden bestreitet, „alte und neue Fragen“ auf. Zwar handele es sich um „ein authentisches Dokument aus der Ära '72“, aber bisher habe man „nicht allzu viele Angaben darin gefunden, die sich als korrekt erwiesen“ hätten. Beispielsweise wurden dem Dossier zufolge mehr Obristen und Majore gefangenengenommen als vermißt gemeldet sind. US-General John Vessey hält es für „höchst unwahrscheinlich, daß sich eine solch große Zahl amerikanischer Kriegsgefangener noch im Land“ befindet. Wirtschaftsberater, Manager und Unternehmer der USA warten nun auf die Entscheidung von Präsident Bill Clinton. Der expandierende vietnamesische Markt droht an die Konkurrenz aus Taiwan, Hongkong, Japan und Singapur verlorenzugehen. Doch der ehemalige Vietnamkriegsgegner Clinton ließ verlauten, daß ihn „das Anliegen der Familien, die Angehörige dort verloren haben oder noch vermis-

sen, sehr viel stärker beeinflußt als Handelsinteressen“. Dennoch sei mit einer Stellungnahme zur Aufhebung des Embargos „noch in den nächsten Wochen“ zu rechnen.

Bandas letzter Trick

Afrikas ältester Diktator, Malawis Staatschef Kamuzu Banda, führt seinen letzten Kampf gegen Demokratisierungsbestrebungen in dem bettelarmen Land. Unter dem Druck der westlichen Geberländer hatte Banda, der Malawi seit 1966 mit eiserner Faust beherrscht, einer Volksabstimmung über die Einführung des Mehrparteiensystems zugestimmt. Das Referendum soll am 14. Juni stattfinden. Doch nun will die demokratische Opposition die Abstimmung, für die sie jahrelang gekämpft hatte, boykottieren. Denn der Diktator verfügte, getrennte Abstimmungsboxen für Ja- und Nein-Stimmen aufstellen zu lassen – ein klarer Bruch des Wahlgeheimnisses. Letzte Hoffnung der Opposition ist ein natürliches Ende der Tyrannei: Banda, der sein Alter wie ein Staatsgeheimnis hütet, soll fast 100 Jahre alt sein.



Banda